

Aarau, 17. November 2022

Medienmitteilung zur gesundheitspolitischen Gesamtplanung GGpl 2030

ArbeitAargau fordert bessere Arbeitsbedingungen und mehr Service Public

ArbeitAargau ist mehrheitlich einverstanden mit den in der gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) 2030 formulierten Strategien und begrüsst das Ziel, ein bedarfsgerechtes, integriertes, digital-vernetztes, qualitativ hochstehendes und finanzierbares Gesundheitswesen über alle Altersgruppen hinweg zu gewährleisten. Gleichzeitig fordert ArbeitAargau jedoch bessere Arbeitsbedingungen für die Angestellten im Gesundheitswesen und mehr Service Public. Kritisiert wird die zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens.

ArbeitAargau zeigt sich im Grundsatz einverstanden mit den formulierten Zielen und den dazugehörigen Strategien der GGpl 2030 – insbesondere mit der übergeordneten Strategie, welche sich vor allem am Bedarf, der Integration, Vernetzung, Qualität und Finanzierbarkeit über alle Altersgruppen hinweg orientiert.

Ausbildungsoffensive jetzt starten und endlich bessere Arbeitsbedingungen schaffen

Angesichts der bereits heute akuten Personalknappheit im Gesundheitswesen ist für ArbeitAargau jedoch unverständlich, dass der Fachkräftemangel und auch die dadurch notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nur sehr oberflächlich und unspezifisch thematisiert werden. Die Ausbildung von genügend Ausbilder:innen ist zentral und es muss dabei auch zwingend berücksichtigt werden, dass die Stellenpläne angepasst werden, um eine qualitativ hochstehende Ausbildung sowie die notwendige Betreuung und Begleitung der Auszubildenden zu gewährleisten. Um die Verweildauer der Gesundheitsfachpersonen im Betrieb zu erhöhen, ist für ArbeitAargau zusätzlich erforderlich, endlich bessere und innovative Arbeitsbedingungen für das Personal zu schaffen. Dazu gehört zwingend die Anpassung des Patient-Nurse-Ratio sowie beispielsweise die Einführung von mehr Ferien und weitere Massnahmen zur Erhöhung der Erholungszeit.

Gesundheitsförderung und Prävention für alle

Gesundheitsförderung sowie die Förderung des Gesundheitsbewusstseins und die damit verbundene Kompetenz, einen gesunden Lebensstil pflegen zu können, wird richtigerweise als Fundament und Grundpfeiler der Gesundheitsversorgung anerkannt. ArbeitAargau begrüsst daher die Absicht des Kantons, ein besonderes Augenmerk auf belastete und vulnerable Bevölkerungsgruppen zu legen. Die Führung eines gesunden Lebensstils hängt stark vom sozialen Status, Bildungsniveau und vom ausgeübten Beruf ab. Ganz grundsätzlich haben sozioökonomisch schwächere Bevölkerungsgruppen geringere Möglichkeiten, für die eigene Gesundheit zu sorgen. Zudem sind diese auch mehrheitlich in gesundheitsbelastenden Berufen tätig. Deshalb erwartet ArbeitAargau vom Kanton Aargau diesbezüglich eine innovative und zukunftssträchtige Umsetzung.



ArbeitAargau

Gesundheitsversorgung ist Service Public!

Für ArbeitAargau ist klar: Gesundheitsversorgung ist Service Public und darf den Kanton auch einiges kosten. Deshalb setzt sich ArbeitAargau dafür ein, dass kostendämpfende Massnahmen sozialverträglicher Natur sind. Zusätzlich müssen zwingend die Beiträge an die Prämienverbilligung erhöht sowie die Anspruchsvoraussetzungen angepasst werden. Entsprechend kann ArbeitAargau nicht hinnehmen, dass die Berechnung der Prämienbelastung auf der mittleren Prämie beruht. Die Durchschnittsprämie ergibt kein aussagekräftiges Abbild der Prämienbelastung in der Aargauer Bevölkerung. Deshalb fordert ArbeitAargau die Ausarbeitung anderer Berechnungsmethoden, sodass tatsächlich alle Menschen von der Verbilligung profitieren können, welche die finanzielle Entlastung benötigen.

Zunehmende Ökonomisierung stoppen – Mehrfachrolle des Kantons soll erhalten bleiben

Dass der Kanton im Gesundheitswesen diverse Interessen wahrnehmen muss und somit auch in Konflikte geraten kann, liegt in der Natur der Sache – so funktioniert Demokratie. Die Mehrfachrolle des Kantons ist Ausdruck seiner integralen Aufgabe der Gewährleistung medizinischer Versorgungssicherheit und somit Abbild des öffentlichen Charakters der Gesundheitsversorgung. Nach Ansicht von ArbeitAargau ist selbstverständlich, dass die bestmögliche Wahrung aller Interessen nur durch die öffentliche Hand gewährleistet werden kann und sieht deshalb keinerlei Handlungsbedarf betreffend Entflechtung der Mehrfachrolle des Kantons. Vor diesem Hintergrund lehnt ArbeitAargau die Teilveräusserung der Beteiligungen an den Kantonsspitalern entschieden ab. Dadurch besteht die Gefahr, dass der Rollenkonflikt nicht gelöst, sondern lediglich vom öffentlichen in den privaten Sektor verlagert wird – was zu fatalen Folgen führen könnte.

Bei Fragen steht Ihnen zur Verfügung:

Selina Egger, Geschäftsführerin ArbeitAargau, T. 062 834 94 40, selina.egger@arbeitsaargau.ch